

Interviews mit der CSU-Landesgruppenvorsitzenden Gerda Hasselfeldt in den Zeitungen Ta Nea und To Vima (Griechenland) vom 12./13. März 2016

Ta Nea

1. Fr. Hasselfeldt, Sie besuchen Griechenland zu einem Zeitpunkt wo das Land die größte Last der Flüchtlingskrise schultern muss. Mit welcher Botschaft kommen Sie nach Athen?

Griechenland hat zweifellos derzeit eine große Last zu schultern. Das ist uns in Deutschland bewusst und das ist auch den anderen europäischen Partner klar. Deshalb ringt Deutschland so unnachgiebig um eine europäische Lösung. Wir können diese große Herausforderung nur gemeinsam bewältigen. Dafür ist es aber auch wichtig, dass Griechenland seinen Verpflichtungen bei der Sicherung der EU-Außengrenze und dem Aufbau der Hotspots nachkommt. Wenn jeder seine Verpflichtungen erfüllt und nicht nur an den eigenen Vorteil denkt, haben wir eine gute Chance, das Problem zu lösen.

2. Ihre Partei, die CSU, stellt sich gegen Merkels Kurs für eine europäische Lösung, stattdessen fordert sie nationale Maßnahmen auch von Deutschland und unterstützt die Grenzschließung der Balkanländer. Warum erklären Sie die fehlende Solidarität mit dem EU-Land Griechenland?

Die CSU unterstützt alle Bemühungen der Bundeskanzlerin, auf europäischer und internationaler Ebene eine Lösung zu finden. Das ist der einzige Weg, dauerhaft und nachhaltig zu einer Lösung der Flüchtlingsproblematik zu kommen. Das Problem ist viel zu groß, als dass es einzelne Länder alleine bewältigen könnten. Solange eine europäische Lösung allerdings noch nicht gefunden und der Schutz der europäischen Außengrenzen nicht gewährleistet ist, müssen leider auch die Binnengrenzen besser kontrolliert werden. Wir fordern deshalb zum Beispiel, nur Flüchtlinge mit gültigen Ausweispapieren einreisen zu lassen. Das entspricht übrigens der geltenden Rechtslage in Deutschland.

3. Die geschlossenen Grenzen führen zwangsläufig zu einem de facto Ausschluss Griechenlands aus dem Schengenraum. Können Sie das in Kauf nehmen?

Ich kann verstehen, dass die mit Griechenland nicht abgestimmte Schließung der Balkanroute für großen Ärger in Griechenland sorgt. Unserer Meinung nach hätten diese Maßnahmen mit Griechenland besprochen werden müssen. Ein Ausschluss Griechenlands aus dem Schengenraum ist das allerdings nicht. Die Grenzen, die nun geschlossen sind, sind keine Schengen Binnengrenzen. Griechenland ist weiterhin Mitglied des Schengenraums. Das ist aber auch mit der Verantwortung verbunden, die europäischen Außengrenzen zu schützen. Der effektive Schutz der Außengrenzen ist die Voraussetzung dafür, dass nationale Alleingänge unnötig sind.

4. Griechenland muss parallel zur Schuldenkrise auch die Flüchtlingskrise meistern. Kann Athen auf mehr Verständnis bei der Umsetzung des Programms hoffen?

Ich erkenne an, dass sich Griechenland, das im Zentrum zweier Krisen steht, in einer äußerst herausfordernden Lage befindet. Was die Bewältigung des starken Flüchtlingszustroms angeht, verdient das Land unsere volle Unterstützung. Eine weitere Verzögerung bei der Umsetzung von Strukturreformen und Sparmaßnahmen wäre aber in erster Linie nicht im Interesse Griechenlands, denn das würde die Rückkehr des Landes zu Wettbewerbs- und Zahlungsfähigkeit weiter hinauszögern. Nur aufgrund der schon in der Vergangenheit von den Gläubigerländern gewährten Flexibilität, waren die bisherigen erheblichen Verzögerungen im Reformprogramm überhaupt möglich. Ich hoffe daher, dass das Land nun zügig die Voraussetzungen dafür schafft, die laufende Programmüberprüfung zügig abzuschließen.

5. Die griechische Regierung würde gern das dritte Programm ohne Beteiligung des IWF weiterführen. Ist für Sie ein Programm ohne den IWF überhaupt vorstellbar?

Ein ganz klares Nein. Die weitere Beteiligung des IWF war eine zentrale Bedingung für die Zustimmung des Deutschen Bundestages zu einer weiteren Stabilitätshilfe zugunsten Griechenlands

vom August des vergangenen Jahres. Darüber hinaus hat auch die Eurogruppe erklärt, dass für sie die weitere Beteiligung des IWF am Programm unabdingbar ist.

6. Muss sich der IWF auch finanziell beteiligen oder reicht eine Beteiligung auf Berater-Ebene

Mit einer Beteiligung des IWF meinen wir natürlich auch eine finanzielle Beteiligung. Nur dadurch ist gewährleistet, dass der IWF auch in der laufenden Programmüberwachung langfristig an Bord bleibt.

7. Die bilateralen Beziehungen zwischen Bayern und Griechenland gehen lange in der Geschichte zurück. Sie haben aber während der Eurokrise stark gelitten. Ist Ihr Besuch ein Versuch, sie wieder zu beleben?

Ein guter Kontakt nach Griechenland ist uns wichtig. Wenn dieser Besuch einen kleinen Beitrag leisten kann, das Verhältnis wieder aufzufrischen, dann freut mich das.

To Vima

1. Ist Ihre Partei zufrieden mit der Schließung der Balkanroute für die Flüchtlinge ? Ist dies im Einklang mit der Bekundung von Solidarität gegenüber einem Mitgliedsland der EU, wie Griechenland?

Die Menschen in Deutschland verfolgen das Schicksal Griechenlands in der Flüchtlingskrise sehr genau, wie auch die Situation der Geflohenen in Idomeni. Es gibt keine Nachrichtensendung, in der nicht darüber berichtet wird. Diese Bilder berühren uns. Wir brauchen eine Balance aus europäischer Solidarität und nationaler Eigenverantwortung. Die Schließung der Balkanroute hat dazu geführt, dass die Zahl der ankommenden Flüchtlinge bei uns deutlich zurückgegangen ist. Das verschafft uns eine Verschnaufpause und entlastet die Kommunen spürbar. Die Ehren- und Hauptamtlichen waren an ihre Belastungsgrenzen gestoßen. Eine nachhaltige Lösung aber ist das nicht. Es wäre besser gewesen, Griechenland in die Entscheidung mit einzubeziehen. Allerdings muss ich auch sagen, es ist Griechenlands Aufgabe, die Grenze zu Mazedonien entsprechend zu schützen und nicht umgekehrt.

2 . Die Bundeskanzlerin Angela Merkel besteht auf eine europäische Lösung, die eine umfassende Zusammenarbeit mit der Türkei vorsieht, um die Flüchtlingsströme zu bewältigen. Sind Sie damit einverstanden oder glauben Sie, dass sie an ihre Grenzen gestoßen ist? Wenn ja, welche soll / kann die alternative Lösung sein?

Wir unterstützen die Bundeskanzlerin bei all ihren Bemühungen auf europäischer Ebene eine Lösung zu erzielen. Eine nachhaltige Lösung kann es nur geben, wenn alle europäischen Staaten mitziehen. Die CSU fordert zusätzlich noch weitere nationale Maßnahmen, wie zum Beispiel die Zurückweisung an der Grenze für Menschen ohne Ausweispapiere. Wir brauchen einen Dreiklang von internationalen, europäischen und nationalen Maßnahmen.

3. Wie bewerten Sie die Gegenleistungen an Ankara für eine solche Zusammenarbeit? Könnten Sie mir bitte sagen, ob Ihre Partei der Abschaffung der Visumpflicht für türkische Bürger, die nach Europa reisen wollen, zustimmen wird oder nicht?

Die Türkei ist ein wichtiger Partner bei der Lösung der Flüchtlingskrise. Ohne sie geht es nicht. Wir dürfen uns von Ankara aber nicht die Bedingungen diktieren lassen. Wir sind gegen die Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union, die Bedingungen für eine Visafreiheit müssen ausnahmslos erfüllt werden. Eine Kontingentlösung darf nicht zur Folge haben, dass Deutschland alle Flüchtlinge alleine aufnimmt. Außerdem muss Deutschland Verstöße gegen Meinungs- und Pressefreiheit bei jeder Gelegenheit deutlich ansprechen.

4. Wie ist Ihre Meinung über die bisherige Leistung der griechischen Regierung in Bezug auf die III. Programmvereinbarung, welche Athen im Juli 2015 mit seinen Gläubigern unterzeichnet hat? Entspricht der erzielte Fortschritt den Erwartungen, oder gibt es Anlass zur Sorge über die Umsetzung des Programms?

Griechenland hat mit seinen europäischen Gläubigern ein ambitioniertes Reformprogramm vereinbart und bei seiner Abarbeitung schon einige, aber leider noch keine ausreichenden Fortschritte erzielt. Wichtige Reformen, die die griechische Regierung bereits für den vergangenen Herbst vorgesehen hatte, stehen nach wie vor aus. Ich denke da beispielsweise an die Reform des Rentensystems und den Privatisierungsfonds. Ich kann nachvollziehen, dass diese Reformen keine leichte Aufgabe für die griechische Regierung sind. Es ist aber auch klar, dass unsere Erwartungen damit bislang nicht erfüllt worden sind und ich hoffe, dass die ausstehenden Reformen jetzt zügig nachgeholt werden. Dies liegt vor allem im Interesse Griechenlands, denn die vereinbarten Maßnahmen sind kein Selbstzweck, sondern sollen dazu dienen, die Zahlungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit des Landes wiederherzustellen.